

## Bekanntmachung.

Betr.: Ausführverbote.

Die nachstehende Bekanntmachung des Stellvertreters des Reichskanzlers wird hiermit veröffentlicht.

Gießen, den 15. Juni 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Ufinger.

## Bekanntmachung.

Auf Grund des § 2 der Kaiserlichen Verordnungen vom 31. Juli 1914, betreffend das Verbot 1. der Ausfuhr und Durchfuhr von Waffen, Munition, Pulver usw., 2. der Ausfuhr und Durchfuhr von Rohstoffen, die bei der Herstellung und dem Betriebe von Gegenständen des Kriegsbedarfs zur Verwendung gelangen, 3. der Ausfuhr von Verpflegungs-, Streu- und Futtermitteln, 4. der Ausfuhr von Kraftfahrzeugen und von Mineralrohstoffen, Steinfolienteer und allen aus diesen hergestellten Oelen, 5. der Ausfuhr und Durchfuhr von Verband- und Arzneimitteln usw., 6. der Ausfuhr von Tieren und tierischen Erzeugnissen, 7. der Ausfuhr und Durchfuhr von Eisenbahnmaterial aller Art, von Telegraphen- und Fernsprengerät usw., bringe ich nachstehendes zur öffentlichen Kenntnis:

Es wird verboten die Ausfuhr und Durchfuhr von:

1. Kautschuk, Guttapercha und Balata, roh oder gereinigt; Kautschuk und anderen Kautschukerzeugnissen der Nr. 98 des Zolltarifs mit Einschluß der Abfälle und der abgemessenen Stücke von Waren aus diesen Stoffen,
2. Kautschuk- und Guttaperchafetten,
3. Kautschuköl,
4. sämtlichen Kautschukwaren des siebenten Abschnitts (Nummern 570—586) des Zolltarifs,
5. Kinderpielzeug aus Kautschuk,
6. allen übrigen Waren in wesentlicher Verbindung mit Kautschuk mit Ausnahme der im fünften Abschnitt, Unterabschnitt H des Zolltarifs, namentlich in Nr. 522, aufgeführten, soweit sie nicht wie Mäntel und Umhänge bereits als Heeresausstattungsgegenstände verboten sind.

Berlin, den 8. Juni 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Delbrück.

## Öffentliche Warnung.

Betr.: Verwendung von Kartoffelpülpe zur Brotbereitung.

Es ist in letzter Zeit mehrfach von Händlern versucht worden, getrocknete Kartoffelpülpe als einen den gesetzlichen Vorschriften entsprechenden Ersatzstoff für Getreidemehl mit dem Vorgeben in den Verkehr zu bringen, daß das Erzeugnis den Kartoffelflocken gleichwertig sei. Diese Angabe ist irreführend; Kartoffelpülpe ist vielmehr der bei der Herstellung von Kartoffelfstärke verbleibende Abfall, der in keiner Weise als Ersatzstoff für Getreidemehl angesehen werden kann. Wenn Kartoffelpülpe auch der Kartoffel entnommen, so besteht sie doch fast nur aus den Stoffen, die neben der für die Brotbereitung wertvollen Stärke in der Kartoffel vorhanden sind; insbesondere sind die die Kartoffelflocken allseitig durchziehenden Fasern sowie Kartoffelschalen in zerklüftetem Zustand darin enthalten. Die Kohlehydrate der Kartoffelpülpe sind solche, die für den Menschen nur schwer oder überhaupt nicht verdaulich sind. Mit dieser Auffassung stimmt auch das Urteil des Direktors der Versuchsanstalt für Getreideverarbeitung in Berlin, Dr. M. V. Neumann, überein, auf das in den Eingaben an das Gesundheitsamt Bezug genommen wird (vergl. die Zeitschrift „Der Brotfabrikant“ 1915 Nr. 16, Seite 122).

Da die Gefahr besteht, daß auch fernerhin Verbraucher durch die irreführenden Angaben der Händler über Eigenschaften und Wert der Kartoffelpülpe getäuscht werden, warnen wir hiermit vor dem Ankauf der Kartoffelpülpe zur Brotbereitung.

Gießen, den 14. Juni 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Ufinger.

Betr.: Sicherstellung des Heubedarfs der Heeresverwaltung.

An die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß die Schwierigkeiten, die sich bisher bei der Beschaffung der für die Heeresverwaltung erforderlichen Heumengen ergeben haben, es dringend erforderlich machen, möglichst große Vorräte aus der neuen Ernte sofort durch die Militärbehörde zu erwerben oder sicherzustellen. Die königlichen Intendanturen werden daher in weitem Umfange Heuanläufe während der Erntezeit unmittelbar von den Wiesen vornehmen lassen. Auch die Proviantämter werden keine Mühe und Arbeit scheuen, alle angebotenen brauchbaren —

selbst kleineren — Mengen von Heu anzunehmen, soweit sich überhaupt nur deren Erwerbung verlohnt. Zur Streckung der zu erwartenden Heumengen ist auch Laubheu im weitgehendsten Umfange zu beschaffen. Sowohl im wirtschaftlichen Interesse, wie auch zur Vermeidung von späteren Beschaffungsschwierigkeiten erscheint es außerdem erforderlich, möglichst zeitig die Erwerbung solcher Heuvorräte ins Auge zu fassen, deren Ueberführung zu den Proviantämtern zunächst nicht angängig ist. Es kommen hierbei diejenigen Heumengen in Betracht, die erfahrungsgemäß sonst seitens der Händler von größeren Besitzungen und aus heurückliegenden Gegenden erworben und in den Verkehr gebracht werden. Derartige Bestände können vorläufig in den Händen der Besitzer verbleiben. Bessere werden sich aber bereit finden lassen, einen Anspruch darauf der Heeresverwaltung einzuräumen, wenn ihnen sofort ein Angebot gezahlt und die Restzahlung bei der Abnahme des Heus in Aussicht gestellt wird. Mögliche Vorzüge ist hierbei jedoch geboten. Das Angebot wird sich daher zunächst innerhalb der Hälfte des Wertes der Ware zu halten haben. Es kann nachträglich bis auf dreiviertel erhöht werden, wenn die Abnahme des Heus ausnahmsweise sich lange verzögert. Als Bedingung wird allgemein zu gelten haben, daß die Besitzer für sichere Lagerung einstehen und Sicherheit stellen zur etwa erforderlichen Schadloshaltung des Reichsmilitärarztes. Eine derartige Sicherheit erscheint ohne weiteres gegeben, wenn die Vereinbarungen mit Gemeinde- und sonstigen Behörden getroffen werden. Für die Bezahlung des Heus ist das bei der Abnahme ermittelte Gewicht sowie der Preis am Tage des Vertragschlusses zugrunde zu legen. Als Entschädigung für die Aufbewahrung, den Abgang usw. können bis zu 1,50 Mark für die Tonne und den Monat zugebilligt werden. Diese Vergütung rechnet von dem Tage der Einlagerung des Heus seitens des Besitzers bis zum Abruf durch das Proviantamt und ist bei der Restzahlung zu verrechnen.

Wir nehmen im übrigen Bezug auf unsere übergedruckte Verfügung vom 8. 1. 1915. und beauftragen Sie, den landwirtschaftlichen Interessenten in der Ihnen geeignet erscheinenden Weise von dem Inhalt gegenwärtiger Verfügung Kenntnis zu geben und dahin auf sie einzurwirken, daß die Heugewinnung nach Kräften gefördert und die Beschaffung der Heeresverwaltung durch reichliche Angebote möglichst unterstützt wird. Zur Streckung der Vorräte von Wiesenheu wäre es sehr erwünscht, wenn auch von den Landwirten auf die Beschaffung von anderweitigem Heu, z. B. von Laubheu, zur eigenen späteren Verwendung sowie auch zum Verkauf an die Heeresverwaltung rechtzeitig Bedacht genommen würde.

Sie wollen in diesem Sinne wirken und sich die Förderung dieser Sache besonders angelegen sein lassen.

Gießen, den 14. Juni 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Ufinger.

Betr.: Die Erhebung der Erntestellen Anfang Juli 1915.

An den Oberbürgermeister der Stadt Gießen und an die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

§ 1.

Nach Bundesratsbeschluss sollen in der Zeit vom 1. bis 4. Juli ds. Js. die Erntestellen beim selbstmäßigen Anbau nachstehender Feldfrüchte durch Befragen der einzelnen Betriebsleiter oder ihrer Stellvertreter ermittelt werden: Winter- und Sommerweizen, Spelz, einschließlich Emmer und Einkorn, Winter- und Sommerroggen, Gerste (Winter- und Sommergerste), Menggetreide, Mischfrucht, Hafer und Kartoffeln. Kartoffeln in Gärten usw. bleiben außer Betracht.

§ 2.

Die Erhebung erfolgt gemarkungsweise, unter Leitung der Großh. Bürgermeisterien (Oberbürgermeister, Bürgermeister). Diese haben die erforderlichen Zählbezirke zu bilden und Zähler dafür zu bestimmen. Der Erfolg dieser wichtigen Aufnahme hängt davon ab, daß tüchtige Zähler gewonnen werden. Das Großh. Ministerium des Innern hat deshalb angeordnet, daß die Lehrer und Beamten, deren Befreiung vom Dienste an den Aufnahmetagen möglich ist, sich den Gemeindebehörden zur Durchführung dieser vaterländischen Aufgabe zur Verfügung stellen. Eine Vergütung wird von Staats wegen nicht geleistet.

§ 3.

Für die Erhebung sind folgende Vorbrude bestimmt:

a) die Zählliste nebst Fragebogen und

b) der Gemeindebogen.

Die Erhebung erfolgt von Haus zu Haus und innerhalb jedes Hauses von Haushaltung zu Haushaltung mittelst Zähllisten. Das Ergebnis ist von den Zählern unmittelbar in diese einzutragen. Fragebogen werden an Landwirte nur dann abgegeben, wenn der Zähler die Angaben nicht unmittelbar erhalten kann.

§ 4.

Die Großh. Bürgermeisterien (Oberbürgermeister, Bürgermeister)



oder die beauftragten Personen sind befugt, zur Ermittlung richtiger Angaben über die Ernteflächen die Grundstücke der zur Angabe Verpflichteten zu betreten und Messungen vorzunehmen, auch hinsichtlich der Größe der landwirtschaftlichen Güter oder einzelner Grundstücke Auskunft von den Gerichts- oder Steuerbehörden einzuholen.

§ 5.

Betriebsinhaber oder ihre Stellvertreter, die vorsätzlich die Angaben, zu denen sie auf Grund dieser Verordnung und der Ausführungsbestimmungen verpflichtet sind, nicht oder wissentlich unrichtig oder unvollständig machen, werden mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark bestraft. Betriebsinhaber oder ihre Stellvertreter, die fahrlässig die Angaben nicht oder unrichtig oder unvollständig machen, werden mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark oder im Unvermögensfalle mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft.

§ 6.

Die Großh. Zentralfstelle für die Landesstatistik in Darmstadt wird Ihnen die nötigen Zählpapiere unmittelbar zusenden. Wenn bis zum 25. Juni die Zählpapiere bei der Großh. Bürgermeisterei noch nicht eingetroffen sind, so ist die Zentralfstelle sofort zu benachrichtigen; Fernsprechnummer 232. Genügt die Anzahl der Vordrucke nicht, so ist sofort der Mehrbedarf bei der Zentralfstelle anzufordern. Anfragen bezüglich der Zählung sind ebenfalls dahin zu richten.

Damit die überaus wichtige Zählung richtig vorgenommen wird, wollen Sie sich mit den einzelnen Bestimmungen, die den Zählpapieren ausgedruckt sind, genau vertraut machen und die Zähler gut belehren.

§ 7.

Die abgeschlossenen Zähllisten und Gemeindebogen sind spätestens bis zum 15. Juli ds. Jrs. an die Großh. Zentralfstelle für die Landesstatistik in Darmstadt einzusenden. Der Termin darf unter keinen Umständen überschritten werden.

Gießen, den 17. Juni 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
Dr. Ufinger.

### Bekanntmachung.

Wegen Vornahme von Walzarbeiten wird die Kreisstraße Lich—Hattenrod vom 16. d. Mts. ab bis auf weiteres für jeden Fuhrwerks- und Automobilverkehr gesperrt. Der Verkehr wird über Burkhardsfelden oder Harbach—Ettingshausen umgeleitet.

Gießen, den 15. Juni 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
Dr. Ufinger.

### Bekanntmachung.

Betr.: Die Einsendung der Waisenbüchse Gelder.

In den Gemeinden des Kreises Gießen sind in der Zeit vom 1. Februar 1914 bis dahin 1915 die nachverzeichneten Beiträge für die Landeswaisenkasse eingegangen.

Gießen, den 14. Juni 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
J. B.: Dehler.

### Waisenbüchse Gelder 1915.

Gemeinde Albach 3,30 Mk., Gemeinde Alendorf a. d. Bahn 2 Mk., Gemeinde Alendorf a. d. Lda. 0,67 Mk., Gemeinde Anne-rod 3,10 Mk., Gemeinde Bellerheim 3 Mk., Gemeinde Bellerhain 1,10 Mk., Gemeinde Bersod 8,13 Mk., Gemeinde Bettenhausen 2,40 Mk., Gemeinde Beuer 3 Mk., Gemeinde Birklar 0,50 Mk., Gemeinde Burkhardsfelden 2 Mk., Gemeinde Daurbringen 0,59 Mk., Gemeinde Dorj-Gill 0,80 Mk., Gemeinde Eberstadt m. Arnburg 0,25 Mk., Gemeinde Ettingshausen 1,65 Mk., Gemeinde Garbenteich 1 Mk., Gemeinde Geisshausen 3 Mk., Gemeinde Gießen 210,64 Mk., Gemeinde Göttersrod 4,76 Mk., Gemeinde Großen-Busef 15 Mk., Gemeinde Großen-Linden 6,19 Mk., Gemeinde Grünberg 30,01 Mk., Gemeinde Grünungen 5,10 Mk., Gemeinde Harbach 1,27 Mk., Gemeinde Hattenrod 3,60 Mk., Gemeinde Hanten 1 Mk., Gemeinde Heuchelheim 4,33 Mk., Gemeinde Holzheim 1,20 Mk., Gemeinde Lungen 6,54 Mk., Gemeinde In-heim 5,99 Mk., Gemeinde Kesselbach 2 Mk., Gemeinde M.-Linden 14,53 Mk., Gemeinde Lang 5,90 Mk., Gemeinde Lang-Göns 1,75 Mk., Gemeinde Langsdorf 6 Mk., Gemeinde Lanter 0,65 Mk., Gemeinde Leihgestern 8,80 Mk., Gemeinde Lich mit Hof Albach, Colnhäusen und Mühlbach 4,87 Mk., Gemeinde Lindenstruth 4,22 Mk., Gemeinde Lollar 1,21 Mk., Gemeinde Lonsdorf 0,53 Mk., Gemeinde Lumba 0,30 Mk., Gemeinde Mainlar 2,60 Mk., Gemeinde Münster 2,08 Mk., Gemeinde Muckenheim mit Hof-Gill 0,20 Mk., Gemeinde Nieder-Bessingen 2 Mk., Gemeinde Nonnenroth 0,40 Mk., Gemeinde Ober-Görgern 3,60 Mk., Gemeinde Odenhausen mit Appenborn 2,47 Mk., Gemeinde Odenrod 1 Mk., Gemeinde Quedborn 1,11 Mk., Gemeinde Rabertshausen mit Ringelshausen 4,52 Mk., Gemeinde Reinbardsheim 4,45 Mk.,

Gemeinde Reiskirchen 1 Mk., Gemeinde Rodheim mit Hof Graf 3,08 Mk., Gemeinde Rödgen 2,90 Mk., Gemeinde Rötges 0,75 Mk., Gemeinde Rüdtingshausen 0,82 Mk., Gemeinde Rüttershausen mit Rischberg 0,85 Mk., Gemeinde Saasen mit Bollbach, Reitsberg und Wirberg 3,60 Mk., Gemeinde Stangenrod 2,30 Mk., Gemeinde Staufenberg mit Friedelhausen 1,57 Mk., Gemeinde Steinbach 6,62 Mk., Gemeinde Steinheim 5,70 Mk., Gemeinde Trais-Dorloff 1,13 Mk., Gemeinde Treis a. d. Lda. 2,96 Mk., Gemeinde Trohe 0,70 Mk., Gemeinde Utphe 5,64 Mk., Gemeinde Willingen 1,04 Mk., Gemeinde Wapenborn mit Steinberg 10,50 Mk., Gemeinde Weidartshain 1 Mk., Gemeinde Wiesfeld 3 Mk. — Zusammen 462,47 Mk.

### Bekanntmachung.

Betr.: Ausführverbote; hier Gemüseausfuhr.

Die Ausfuhr von frischem Gemüse, das in schnellem Verderben ausgelegt ist und das in einer für den inländischen Bedarf übergroßen Menge hervorgebracht oder vom Ausland eingeführt wird, kann gestattet werden. Diesbezügliche Anträge sind mit Begründung bei uns einzureichen; direkte Gesuche an das Reichsamt des Innern sind zwecklos.

Gießen, den 16. Juni 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.  
J. B.: Demmerde.

### Bekanntmachung.

der für die ausgehobenen Landsturmpflichtigen geltenden Bestimmungen.

1. Für die ausgehobenen Landsturmpflichtigen gelten vom Tage der Aushebung an die für die Mannschaften der Landwehr (Seewehr) bestehenden Bestimmungen.

2. Die ausgehobenen Landsturmpflichtigen treten in die Kontrolle der Bezirksfeldwebel des Hauptmeldeamts Gießen, des Meldeamts Alsfeld oder der Bezirkskompanie Schotten. Sie sind verpflichtet, jede Aufenthaltsveränderung innerhalb 48 Stunden ihrer Kontrollstelle anzuzeigen und sich beim Verziehen in einen anderen Kontrollbezirk bei der dortigen Kontrollstelle innerhalb 48 Stunden anzumelden. Die Meldungen können mündlich oder schriftlich durch den zur Meldung Verpflichteten selbst erfolgen. Bei schriftlichen Meldungen ist Geburtsdatum und -ort, sowie der frühere Wohnort und der Wohnort, für den die Anmeldung erfolgt, genau anzugeben. Zuwiderhandlungen werden nach den Militärstrafgesetzen bestraft.

3. Die nächsten militärischen Vorgesetzten der ausgehobenen Landsturmpflichtigen sind die Feldwebel des Hauptmeldeamts, des Meldeamts oder der Bezirkskompanie und der Bezirkskommandeur, sowie deren Stellvertreter. Die Mannschaften haben dienstlichen Befehlen ihrer Vorgesetzten, öffentlichen Aufforderungen und Geseßesbefehlen unbedingt Folge zu leisten. Im dienstlichen Verkehr mit den Vorgesetzten sind sie der militärischen Disziplin unterworfen.

4. Bei Anbringung dienstlicher Gesuche und Beschwerden sind die ausgehobenen Landsturmpflichtigen verpflichtet, den vorgeschriebenen Dienstweg einzuhalten. Gesuche sind an den Bezirksfeldwebel der Kontrollstelle zu richten, Beschwerden dem Bezirkskommandeur vorzutragen; richtet sich die Beschwerde gegen diesen, so ist sie bei dem Bezirksadjutanten anzubringen. Die Beschwerden darf erst am folgenden Tage oder nach Verhängung einer etwa verhängten Strafe erhoben und muß innerhalb einer Frist von 5 Tagen angebracht werden.

5. Ueber etwa stattfindende Kontrollversammlungen ergeht besonderer Befehl.

6. Ausgehobene Landsturmpflichtige können ungehindert verreisen, haben jedoch der Kontrollstelle den Antritt der Reise und die Rückkehr zu melden, sobald die Reise länger als 48 Stunden dauert. Bei jeder Abmeldung zur Reise hat der Betreffende anzugeben, durch welche dritte Person während seiner Abwesenheit etwaige Befehle an ihn befördert werden können. Er bleibt jedoch der Militärbehörde gegenüber allein dafür verantwortlich, daß ihm jeder Befehl richtig zugeht.

7. Ein Uebertritt vom ersten zum zweiten Aufgebot sowie ein Ausscheiden aus dem Landsturm findet bis zur Auflösung des Landsturms nicht statt.

8. Die vorstehenden Bestimmungen gelten für die ausgehobenen Landsturmpflichtigen bis zur Auflösung des Landsturms.

Großherzogliches Bezirkskommando Gießen.

Raumann,

Oberstleutnant und Bezirkskommandeur.

### Bekanntmachung.

Betr.: Sonntagsruhe in den Apotheken.

Am Sonntag, den 20. I. Mts. von nachmittags 3 Uhr bis Montag, den 21. I. Mts. früh ist die Engesapothek geöffnet.

Gießen, den 16. Juni 1915.

Großherzogliches Polizeiamt Gießen.  
Demmerde.